

**Offener Wirtschaftsverband von kleinen und mittelständischen
Unternehmen, Freiberuflern und Selbstständigen
in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (OWUS-Dachverband e.V.)**



OWUS e.V. • Franz-Mehring-Platz 1 10243 Berlin

Geschäftsstelle:
Franz- Mehring- Platz 1
10243 Berlin

Kommunikation:
Telefon (030) 4216280
Telefax (030) 4216279
E-Mail kontakt@owus.de
Homepage www.owus.de

Bankverbindung:
GLS Gemeinschaftsbank eG
BLZ 430 609 67
Konto 113 9156 100

Steuernummer:
27/620/52431

Vorstandsvorsitzender:
Dr. Rolf Sukowski

Geschäftsführer:
Bernd Mewes

Vereinsregistergericht:
Berlin-Charlottenburg
Vereins-Reg.-Nr. 19731

Berlin, den 22. April 2014

An die Mitglieder des Arbeitskreises Wirtschaft, Arbeit und Finanzen
der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Lieber Genosse Klaus Ernst,
liebe Mitglieder des Arbeitskreises Wirtschaft, Arbeit und Finanzen,

als branchenoffener Unternehmerverband von kleinen und mittelständischen Unternehmen begrüßen wir es ausdrücklich, dass auch in Deutschland endlich ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wird. Bereits seit 2006 (!) besteht in unserem Verband Konsens darüber, dass ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn dringend erforderlich ist. Mit diesem klaren Bekenntnis setzen wir konsequent Artikel 14 Absatz 2 des Grundgesetzes um - „Eigentum verpflichtet“! Uns ist dabei völlig klar, dass ein Mindestlohn von 8,50 Euro nur ein allererster Schritt sein kann.

In der öffentlichen Debatte werden immer wieder vorgesehene Ausnahmeregelungen für einzelne Branchen thematisiert. Auch Branchenverbände sprechen sich dafür aus und die Gefahr besteht, dass die Bundesregierung hier „einknickt“. Dies wäre aus unserer Sicht eine Diskriminierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesen Bereichen. Auch Übergangsregelungen für Bereiche mit niedrigeren Tariflöhnen sehen wir skeptisch. In der Debatte vermischen wir dabei allerdings auch eine Stellungnahme der Vertragspartner dieser Tarifverträge. Es müssen doch eigentlich mindestens zwei gewesen sein.

In die Debatte um die Einführung des Mindestlohnes wird aus unserer Sicht die wirtschaftliche und soziale Situation kleiner Unternehmer unzureichend berücksichtigt. Die Lage der kleinen Unternehmer, die diesen Mindestlohn (oder die noch höheren 10 Euro) zahlen müssen und meist auch wollen, wird auch im Antrag der Linksfraktion vom Februar diesen Jahres völlig ausgeblendet. Aber die Lohnkosten auch für diese kleinen Unternehmer werden steigen, denn höhere Bruttolöhne auch in anderen Lohngruppen zur Wahrung eines gerechtfertigten Lohnsabstands sowie höhere Sozialabgaben sind die Folge. Dazu kommen die „normalen“ Kostensteigerungen bei Strom (EEG Umlage), Gas und Treibstoff sowie Mieten, die in den vergangenen Jahren die Margen der „Kleinen“ fast gegen Null haben schrumpfen lassen. Wer keine Marktmacht hat, kann keine Preisanpassungen durchsetzen.

Vor der Bundestagswahl hatte unser Verband im vorigen Jahr den Bundestagsparteien Wahlprüfsteine vorgelegt. Sie sollten nicht nur Prüfsteine für Wahlversprechen, sondern auch Gradmesser für die Politik nach der Wahl sein. Wir stellten u.a. die Frage „Wie können Ihrer Meinung nach Kleinunternehmer bei der Einführung des Mindestlohnes konkret unterstützt werden?“ Die SPD lehnte dies generell ab. Lediglich in der Antwort des Bundesgeschäftsführers der Partei DIE LINKE Matthias Höhn vom 24. Juni 2013 gab es eine konkrete und sehr konstruktive Antwort.

„Zur Unterstützung von Kleinunternehmen schlagen wir vor, dass für einen Übergangszeitraum im Einzelfall wirtschaftliche Hilfen erbracht werden. Über die Höhe und Dauer der Gewährung soll ein Mindestlohnrat (Gewerkschaften, Arbeitgeber, Wissenschaft) entscheiden, der sowohl die wirtschaftliche Lage des einzelnen Unternehmens als auch die Branchensituation sowie die regionalen Bedingungen überprüft. Es soll vermieden werden, dass Unternehmen gefördert werden, die auch auf anderem Wege (Arbeitsorganisation, Reduzierung der Gewinne, o.ä.) in der Lage wären, einen Mindestlohn einzuführen. Auch dürfen Unternehmen nicht gefördert werden, die lediglich aufgrund von Dumpinglöhnen konkurrenzfähig sind, obwohl in der Branche höhere Löhne üblich sind.

Zudem erachten wir es als sinnvoll, dass es einen gewissen zeitlichen Vorlauf bei der Einführung des Mindestlohns gibt, damit sich die Unternehmen darauf einstellen können. Ebenfalls halten wir eine professionelle Beratung der Unternehmen für notwendig, bei der anhand ihrer konkreten Situation Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeitsorganisation, der Produkte, des Kundenkontaktes oder auch anderweitiger Kostenanpassungen erörtert werden. Nicht zuletzt sollte die Einführung des Mindestlohns durch eine Weiterbildungsoffensive begleitet werden.“

Die Umsetzung dieser Vorschläge würde die Situation in den betroffenen Kleinbetrieben nach der Einführung des Mindestlohnes deutlich entspannen und einigen Verbandsfunktionären (z.B. DEHOGA) den Wind aus den Segeln nehmen. Wir bitten deshalb die Mitglieder des Arbeitskreises als Vertreter der stärksten Oppositionspartei, auch diese Seite der Einführung eines Mindestlohnes in die Debatte des Deutschen Bundestages einzubringen. Wir werden unseren Standpunkt ebenfalls in die Öffentlichkeit tragen.

Die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes für Arbeitnehmer ist ein wichtiger Schritt zur Gewährleistung sozialer Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland. Wir möchten Eure Aufmerksamkeit auch auf die teilweise prekäre Situation vieler Kleinstunternehmer und Solo-Selbständiger, vor allem auch in Ostdeutschland, lenken. Die Verbesserung der sozialen Absicherung dieser Unternehmer und deren Familien sollte auch in dieser Legislaturperiode eine dringliche Aufgabe der Fraktion sein. Der Beschluss der Fraktion vom Februar 2013 in Hannover „Sozialstaat für Selbständige, Freiberuflerinnen und Freiberufler – Grundsätze“ bietet dazu unseres Erachtens nach wie vor eine gute Grundlage.

Lieber Genosse Klaus Ernst, liebe Mitglieder des Arbeitskreises Wirtschaft, Arbeit und Finanzen ich möchte nochmals unsere Bereitschaft bekunden, in einen Dialog zu den Fragen des Mindestlohnes und auch der sozialen Absicherung kleiner und mittelständischer Unternehmer einzutreten. Wir haben uns am Dialog der Frau BM Nahles beteiligt. Wir würden auch gern in den Dialog mit der Fraktion DIE LINKE eintreten, die uns natürlich viel näher steht als die Frau BM.

Mit einem gleichlautenden Schreiben haben wir uns heute auch an den Parteivorstand der Partei DIE LINKE gewandt.

Mit solidarischen Grüßen



Dr. Sukowski
Vorsitzender des Vorstands